

Wolf-Dieter Just

Bericht vom 4. Weltsozialforum in Mumbai, Indien (16.-21. Januar 2004)

Mumbai: Finanz- und Armutszentrum

Der Veranstaltungsort hätte besser nicht gewählt werden können: Hier die größten slums Asiens, erbärmliche Behausungen aus Pappkartons und Plastiktüten für mehrere Millionen Einwohner, – dort die kühn in den Himmel ragenden Glas- und Betontürme am Nuriman Point, dem „Manhattan“ Mumbais; hier inmitten der Stadt stinkende Kloaken und Müllberge, allerorten bettelnde Straßenkinder - dort Luxushotels, Glanz und Glamour, ganze Straßenzüge mit teuren Juweliergeschäften. Mumbai, die aus allen Nähten platzende 14 Millionen Metropole Indiens, die täglich 20.000 Neuzuwanderer anzieht, von denen die meisten allerdings in den slums landen, - diese laute, hektische Stadt, mit einem chaotischen Straßenverkehr und einer kaum zu ertragenden Luftverschmutzung spiegelt die globalen Gegensätze. Sie ist die Traumfabrik Südasiens, produziert jährlich mehr Filme als Hollywood – Filme, die viel von Liebe, Romantik und Reichtum handeln und damit auch Träume von einer „anderen Welt“ nähren. Sie ist das größte Finanzzentrum außerhalb der westlichen Welt, das größte Handels- und Industriezentrum Indiens, sie hat den größten Seehafen, den größten Flughafen; sie erwirtschaftet ein Drittel der Einkommenssteuer des ganzen Landes; sie ist das Tor zu Indien, eine weltoffene, kosmopolitane Stadt. Zugleich aber ist Mumbai Hochburg engen religiösen Sektierertums, Zentrum des Hindu-Nationalismus, dessen Partei auch den Bürgermeister stellt.

Europäer schockiert wohl zuerst die erbärmliche Armut, die hier nicht etwa in besonderen Stadtteilen separiert und versteckt ist, sondern überall erscheint – Menschen, die auf dem Gehsteig leben, wohnen und schlafen - gleich neben Glaspalästen, Bankzentralen, Konsumpalästen, Flughäfen. Niemand kann sie übersehen, Verdrängung ist schwer möglich. Globale Ungerechtigkeit, mangelnde Solidarität der Reichen mit den Armen – hier werden sie anschaulich.

Das Weltsozialforum

ist der laute und vielstimmige, z.T. schrille Protest gegen eine globale Entwicklung, für die Mumbai Spiegel ist. Die Globalisierungskritiker erhalten hier Bestätigung für ihre These, dass der Neoliberalismus zwar Reichtum schafft, die Armen aber leer ausgehen läßt.

Das Weltsozialforum (WSF) findet zum vierten Mal statt, die ersten drei Male war das südbrasilianische Porto Allegre Veranstaltungsort. Das WSF ist Reaktion und Gegenveranstaltung zum beinahe zeitgleich tagenden Davoser Weltwirtschaftsgipfel der Regierungschefs und Konzernvorstände und deren neoliberalen Credo. Beim ersten WSF kamen 20.000 Globalisierungskritiker zusammen. Bei den folgenden Foren 2002 und 2003 wuchs ihre Zahl auf 55.000 bzw. 100.000. In diesem Jahr wurden 100-130.000 geschätzt. Stets trifft man sich unter dem gleichen Motto: „Eine andere Welt ist möglich“. Darin spiegeln sich zugleich Protest und Hoffnung: *Protest* gegen eine einseitig an Marktwerten orientierte, auf Wachstum, Wettbewerb und Freihandel zielende neoliberale Globalisierung, und *Hoffnung* auf ..., ja worauf eigentlich? Auf „eine andere Welt“ – aber welche? Dies bleibt undeutlich im vielstimmigen Chor der Globalisierungskritiker und Globalisierungsgegner, also derer, die sich von der Globalisierung „abkoppeln“ wollen und derer, die sie „gestalten“ wollen. Zu bunt ist die Schar der politischen und sozialen Akteure, der Entwicklungs- und Umweltaktivisten, der Gewerkschafter und Feministinnen, der Christen und Sozialisten, der Menschenrechtler und Kriegsgegner, der Graswurzelgruppen und Intellektuellen, der NGO-Vertreter des Nordens und des Südens, der Migranten und Behinderten, der Homo- und Transsexuellen, der Kastenlosen und indigenen Völker. Dennoch ist das gemeinsame Motto wichtig. Es straft diejenigen Lügen, die nach dem Ende des Staatssozialismus und der

globalen Systemkonkurrenz vom Ende des utopischen Zeitalters, gar vom Ende der Geschichte gesprochen haben. Wird utopisches Denken je an sein Ende kommen? Wer hegt denn utopische Träume? Es sind doch immer die „Mühseligen und Beladenen, die „Erniedrigten und Beleidigten“.

„Solange es diese gibt – solange Mühsal und Last, Entrechtung und Herabsetzung, Sterben und Tod existieren, solange gibt es auch das utopische Träumen und Bedenken eines anderen, wahren Lebens. Denn solange es solches Elend gibt, gibt es die Hoffnung. Hoffnung ist die Lebenskraft der Opfer der gegenwärtigen Wirklichkeit“.¹

In Mumbai spürt man die Kraft und Dynamik, die von solcher Hoffnung ausgeht. Von Angst oder resignativer Grundstimmung, wie sie in Deutschland vorherrschen, keine Spur. Die Hoffnung auf eine andere Welt ist der eigentliche Motor des Weltsozialforums.

Wenn es dennoch keine *gemeinsame* Vision oder Ideologie gibt, liegt darin zugleich seine Stärke und Schwäche. In der Charta der Prinzipien des WSF heißt es: „Das WSF ist ein pluraler, breit gefächelter, nicht-konfessioneller, nichtstaatlicher und nicht-parteiischer Zusammenhang, der auf dezentralisierte Art die Organisationen und Bewegungen verknüpft, die durch konkrete Aktionen von der lokalen bis zur internationalen Ebene dabei mitwirken, eine andere Welt aufzubauen.“ (Nr. 8) Schon das Programm macht es deutlich: Das WSF will zunächst nur ein Raum sein für Begegnung, Austausch und Diskussion – gewiß nicht neutral, aber ohne Teilnehmer auf eine bestimmte politische Linie festzulegen. Die hier allererst in Anfängen sich bildende globale Zivilgesellschaft soll nicht, bevor sie überhaupt Gestalt angenommen hat in kleine, ideologisch sich gegeneinander abgrenzende Gruppierungen zerfallen. Schließlich weiß man noch viel zu wenig voneinander als dass zu diesem Zeitpunkt Ab- und Ausgrenzungen Sinn machen würden. Zudem hindert dies ja nicht daran, während des Forums eine große Zahl von Initiativen über nationale Grenzen und Kontinente hinweg auf den Weg zu bringen – wie den globalen Aktionstag gegen die Besetzung des Irak am 20. März 2004 oder die Aktionstage gegen Sozialabbau in Europa am 2./3. April oder die Mobilisierung des Protests gegen die nächste WTO-Ministerkonferenz in Hongkong, deren Termin noch nicht feststeht.

Dennoch kann es nicht befriedigen, wenn ein solches Großereignis mit bis zu 130.000 Teilnehmenden aus 150 Ländern der Welt in 1.200 Einzelveranstaltungen zerfällt; wenn nirgendwo eine Bündelung von Einsichten und Ergebnissen angestrebt wird; wenn es keinen Versuch gibt, die ersehnte „andere Welt“ zumindest in Ansätzen konsensual zu beschreiben oder sich wenigstens über den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung fruchtbar zu streiten. Gewiß hat ein großer Markt der Möglichkeiten sein eigenes Recht, aber die Weltprobleme drängen und die neoliberale Politik geht weiter.

Thematische Schwerpunkte

Ein Hauptartikel der WSF-Zeitung trug die Überschrift: „Das größte Problem des Globus ist die Armut, nicht der Terrorismus“ – auf den ersten Blick eine etwas schwierige Gegenüberstellung. Aber sie öffnet die Augen dafür, wie Menschen des Südens die Weltprobleme gewichten. Und wenn man schaut, wieviel Geld für den globalen Kampf gegen den Terrorismus ausgegeben wird und wieviel andererseits für den Kampf gegen die Armut, dann ist dieser Vergleich eben doch nicht abwegig.

Und so spiegelt auch die Themenauswahl beim WSF primär die Anliegen von Menschen des Südens, die ja die große Mehrheit unter den Teilnehmenden stellen - auch darin eine Gegenveranstaltung zu Davos. Themen und Teilnehmerzahlen demonstrieren den Menschen

¹ Jürgen Moltmann: Ist der Markt das Maß aller Dinge? In: R. Weth Hg.: Totaler Markt und Menschenwürde, Neukirchen Vluyn 1996, S. 76

aus den reichen Industrieländern, dass sie global gesehen eine kleine Minderheit sind – so fanden sich z.B. unter den 130.000 Teilnehmern gerade mal 250 Deutsche!

Wichtige Themen sind Armutsbekämpfung, ländliche Entwicklung, Ernährungssicherheit, Obdach, Zugang zu sauberem Wasser, Gesundheit, Frauenrechte, Frauen und Bildung, Kinderrechte, Kinderarbeit etc.

Im Zusammenhang damit wurden in Mumbai die globalisierungskritischen Themen vorangegangener Foren aufgenommen: die Weltfinanzmärkte, die Politik von WTO, IWF und Weltbank, die Liberalisierung von Agrarhandel und Dienstleistungen, die Privatisierung von Staatsbetrieben und des Zugangs zu Wasser, Saatgut, Elektrizität, zu Bildung und Gesundheitsversorgung etc. Diskutiert wird über GATT, GATS und TRIPS, über Steueroasen - den „Rotlichtzonen des Kapitals“, und natürlich über Transnationale Konzerne und deren umstrittene Geschäftspolitiken. Diese Diskussionen werden durch persönliche Erfahrungsberichte (sog. „testimonies“) oft sehr anschaulich. Ein Vertreter des indischen Organisationskomitees z.B. berichtet, wie er im südindischen Bundesstaat Kerala einen Boykott gegen Coca Cola organisiert hat, weil der Konzern dort täglich 600.000 Liter Grundwasser zum Abfüllen als Mineralwasser abpumpt und als Folge davon die Anwohner nichts mehr ernten und Frauen kilometerweit um Trinkwasser laufen müssen. Seine Initiative habe immerhin zu einem Absatzrückgang von Coca Cola Getränken um 50% geführt. Erinnert wird hier im indischen Kontext auch an die Chemie-Katastrophe von Bhopal, die tausende Menschen das Leben kostete. Angehörige warten z.T. bis heute auf Entschädigungsleistungen.

Gefeiert wurde das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancun, im September 2003. Zu danken war dies dem Widerstand von 20 Entwicklungsländern (G 20), die nahezu zwei Drittel der Menschheit repräsentieren - angeführt von China, Indien, Brasilien und Südafrika. Sie stellten sich gemeinsam gegen die Agrarinteressen der EU und der USA. Wird dieser Erfolg zu einer Machtverschiebung im WTO-Zusammenhang führen? Die Regierungsvertreter aus Indien und Brasilien beeilten sich, den Vorgang herunterzuspielen und den Dissens auf Agrarfragen zu reduzieren – sehr zum Unwillen derer, die in der WTO ein Instrument zur einseitigen Interessendurchsetzung der mächtigen Industrieländer sehen und sie am liebsten ganz abschaffen wollen.

Zweiter thematischer Schwerpunkt war „Krieg und Militarismus“. Proteste gegen amerikanisches Hegemoniestreben besonders gegen den Krieg und die anschließende Besetzung des Irak zogen sich von der Anfangs- bis zur Schlußveranstaltung. Große mediale Beachtung fand die Rede der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy, die bei der Auftaktveranstaltung vorschlug, zwei US-Konzerne „dicht zu machen“, die am Irak-Krieg verdient haben und bis heute aus der Nachkriegsordnung Profit schlagen. Wie dieses geschehen soll, ließ sie offen. Viel Beachtung fand auch eine Veranstaltung unter dem Titel „Women against war, war against women“ mit Arundhati Roy und Frauen aus Afghanistan, Ägypten, Kolumbien und Bangladesch.

Mit dem Wechsel des WSF von Porto Allegre nach Mumbai sind aber auch neue Themen aufgenommen worden und haben großes Gewicht erhalten – Themen, die die sozialen Bewegungen Indiens besonders beschäftigen: die Diskriminierung der Kastenlosen (Dalits), die Vertreibung der Adivasis, der Ureinwohner Indiens, aus ihren Siedlungsgebieten, der religiöse Fundamentalismus („communalism“) und die spezifischen Formen der Frauenunterdrückung in Indien. Die Dalits stellen in Indien eine „Minderheit“ von 150 Millionen dar und kämpfen um die internationale Beachtung ihrer Unterdrückung – zuletzt mit Erfolg bei der UN-Konferenz zu Rassismus und Diskriminierung in Durban, Südafrika. Sie waren auf dem WSF mit ihren bunten und lauten Demonstrationen, ihren Informationsständen und Veranstaltungen unübersehbar präsent. Menschenrechtsverletzungen an Dalits, ihre soziale Ächtung und Demütigung, Diskriminierungen am Arbeits- und Wohnungsmarkt, gewaltsame Übergriffe auf ihre Frauen und Kinder sind in Indien sehr

verbreitet, werden inzwischen allerdings zunehmend wahrgenommen, vor Gericht gebracht und durch politische Initiativen, Förderung der Selbstorganisation und Bewußtseinsbildung bekämpft.

Die etwa 80 Millionen Adivasis sind die Ureinwohner Indiens, die im Wald und vom Wald leben. Ihre Lebensgrundlagen werden zunehmend bedroht und zerstört durch Abholzung der Wälder, große Infrastrukturprojekte wie die Staudämme am Narmada-Fluß, durch die riesige Waldflächen geflutet werden und Hunderttausende umgesiedelt werden müssen – oft an Orte, wo sie mit ihrer traditionellen Lebensweise nicht existieren können, - und fern von den Gräbern ihrer Ahnen, deren spirituelle Gegenwart für sie überlebenswichtig ist.

Religiöser Fundamentalismus trägt immer wieder dazu bei, die Beziehungen insbesondere zwischen Hindus und Muslimen, zu vergiften. Religiöse Differenzen werden oft von Politikern populistisch instrumentalisiert und verschärft. Nach der Stürmung einer Moschee in Ayodhya 1993 kam es in Indien zu religiösen Unruhen, die sich besonders in Mumbai gewaltsam entluden und zu über 2000 Toten führten. Gerade die Ärmsten der Armen, die fern ihrer dörflich Heimat, fern von ihren Angehörigen, fern von ihren traditionellen Ordnungs- und Glaubenssystemen in den städtischen slums leben, sind in ihrer materiellen Not und ihrer geistigen Orientierungslosigkeit anfällig für die Heilsbotschaften von Hindu-Nationalisten bzw. islamischen Fundamentalisten und lassen sich leicht gegeneinander aufhetzen.

Das WSF bestand allerdings nicht nur aus Seminaren und Podiumsveranstaltungen. Auffälliger waren die zahlreichen kulturellen „events“, Straßentheater und Tänze indigener Gruppen, Musik und Kunstausstellungen. Es gab viele „Fair Trade“- Verkaufsstände, Infostände etc.. Regelmäßig zogen durch das WSF-Gelände laute, bunte Umzüge, die mit Trommeln, Schalmeien und großen Spruchbändern gegen die Unterdrückung von Dalits und Adivasis, gegen die Besetzung Tibets, für Frauenrechte in Bangladesh, für die Menschenrechte von Wanderarbeitnehmern usw. demonstrierten. Manches erinnerte an den Kirchentag, nur dass – trotz des ganzheitlichen Ansatzes des WSF – religiöse Angebote, Gottesdienste, interreligiöse Feiern o.ä. fehlten (außer in Seminarform). Schade eigentlich, denn wenn Küng Recht hat mit seiner These „Kein Weltfrieden ohne Religionsfrieden“ wird hier eine wichtige Kraft zur Gestaltung der Globalisierung ausgespart – was weniger den Veranstaltern als den Religionsgemeinschaften selbst anzulasten ist.

Die gemeinsame normative Orientierung durch die Menschenrechte

Es ist sicher schwierig, in diesem bunten Dickicht disparater Veranstaltungen und Themen, globaler und regionaler Probleme, politischer, sozialer, friedens- und umweltpolitischer Bewegungen und Akteure sich zurechtzufinden und etwas Verbindendes zu entdecken. Was eint die Teilnehmenden von Mumbai außer die Ablehnung des Neoliberalismus und einer „Charta von Prinzipien“, die eher den Pluralismus und Forum-Charakter des WSF betont? M.E. gibt es diesen gemeinsamen Bezugspunkt, der auch keineswegs unkonkret ist: Er findet sich in den allgemeinen, universal geltenden Menschenrechten. Keine Veranstaltung, in der nicht auf diesen gemeinsamen, normativ-ethischen und rechtlichen Anspruch Bezug genommen wurde. Dabei zeigt sich, dass die in verschiedenen Erklärungen und Abkommen kodifizierten Menschenrechte der Dispartheit und Komplexität der Probleme unseres Globus durchaus gewachsen sind. Wenn in Mumbai die Tibeter für die Unabhängigkeit ihres Landes demonstrieren, beziehen sie sich auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, also auf Menschenrechte der sog. „dritten Generation“, der Kollektivrechte. Wenn Dalits gegen ihre Diskriminierung und den Rassismus in der indischen Kastengesellschaft protestieren, beziehen sie sich auf Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, nach der „alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechte geboren“ sind und auf das Diskriminierungsverbot nach Artikel 2. Wenn entgegen der neoliberalen Orientierung der

WTO Sozialklauseln in ihrem Vertragswerk gefordert werden, begründet man dies mit den sozialen Menschenrechten. Wenn das Demokratiedefizit bei IWF und Weltbank angeprangert wird, bezieht man sich auf die politischen Menschenrechte usw. Das Menschenrechtsinstrumentarium der Vereinten Nationen ist differenziert genug, um der Pluralität der Probleme gerecht zu werden. Es bedarf daher auch nicht neuer Menschenrechtsabkommen, sondern vor allem wirksamerer Instrumente zu ihrer Durchsetzung. Das WSF hat anschaulich vor Augen geführt, wie schwach die bisherigen Instrumente sind, wie massiv in allen Teilen der Welt bis heute Menschenrechte verletzt werden. Wenn sich daran etwas ändern soll, braucht es massiven politischen Druck „von unten“, u.z. weltweit. Ist das WSF nicht der geeignete Ort, um solchen Druck zu organisieren? Könnte es nicht als eine weltweite Menschenrechtsbewegung ein Stück Identität, Vision und Aufgabe finden?

Interessant war der Ansatz bei den Menschenrechten noch in anderer Hinsicht. Bei einer Veranstaltung wurde das Konzept der „Menschenrechtsstädte“ vorgestellt. Die Idee und Initiative für dieses Projekt stammt von PDHRE – Peoples Movement for Human Rights Education, einer Nichtregierungsorganisation in New York, die eng mit der UNO zusammenarbeitet. Es geht um die Vision, auf der Ebene einzelner Städte die Menschenrechte umfassend zu verwirklichen - durch Erziehung und Bewußtseinsbildung, durch eine Vielzahl von politischen, sozialen und kulturellen Initiativen. Weltweit gibt es solche Menschenrechtsstädte bereits in Rosario (Argentinien), Nagpur (Indien), Thies (Senegal), Kati (Mali), Dinajpur (Bangladesch), Abra (Philippinen) und, als erster europäischer Stadt, in Graz. Um eine Menschenrechtsstadt zu werden, setzt dies einen entsprechenden Beschluß des Gemeinderats voraus. Es muß ein Lenkungsausschuß gebildet werden, in dem alle relevanten gesellschaftlichen Sektoren, Einrichtungen und Gruppierungen der Stadt vertreten sind. Dieser Lenkungsausschuß veranlasst zunächst eine Bestandsaufnahme der Menschenrechtssituation in der Stadt - sowohl der Problembereiche wie der Beispiele für „gute Praxis“. Nächster Schritt ist die Entwicklung einer gemeinsamen Vision und eines Aktionsplans für die Realisierung von Menschenrechten in der Stadt. Danach folgt die konkrete Umsetzung. Dazu gehört zu allererst ein umfassendes Programm zur Menschenrechtsbildung – zuerst von Multiplikatoren in Bereichen wie dem Rat der Stadt, Stadtverwaltung, Rechtswesen, Wirtschaft, Schulen, Sozialarbeit, Zivilgesellschaft etc. Ziel ist es, die Vision einer umfassenden Realisierung von Menschenrechten in den Köpfen zu verankern, so daß sie bei allen relevanten Entscheidungen handlungsleitendes Prinzip werden. Bei der Veranstaltung des WSF wurde dieser Prozess von Vertretern aus Nagpur geschildert. Interessante Informationen gibt es hierzu auch aus Graz, wo der Prozess durch das „Europäische Training- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie“ (ETC) koordiniert wird. Mir erscheint dieser Ansatz sehr wichtig auch für die Soziale Arbeit – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Vorschläge (des UN-Zentrums für Menschenrechte, der International Federation of Social Workers und der International Association of Schools of Social Work), Soziale Arbeit als „*Menschenrechtsprofession*“ zu verstehen, mit all den Konsequenzen, die das für sie als wissenschaftliche Disziplin, sowie für die Ausbildung und Praxis der Sozialen Arbeit hat.

Schluss

Das WSF ist zum Forum derer geworden, die nach Alternativen zur gegenwärtigen Form der Globalisierung fragen. Die *Freiheit* von Wirtschaft, Wettbewerb und Handel in globalem Maßstab ist nichts wert, wenn sie nicht auch zur Freiheit von Armut, Not und Naturzerstörung führt. Hat darin nicht Wirtschaft ihren eigentlichen Sinn? Warum muss heute daran erinnert werden, dass Wirtschaft um der Menschen willen da ist und nicht umgekehrt, dass der Markt nicht das Maß aller Dinge ist, dass der Mensch mehr ist als homo oeconomicus, dass nicht alle Lebensbereiche der Marktlogik unterworfen werden dürfen, dass der Mensch auch ein

soziales Wesen ist, fähig zu uneigennütziger Solidarität und Nächstenliebe, zur Ehrfurcht vor dem Leben, fähig zur Transzendenz und zur Frage nach Gott?

Warum muss daran erinnert werden, dass die *Gleichheit* aller mehr bedeutet als die der Marktgesellschaft. Gewiss: der Markt kennt keine Hautfarbe, kein Geschlecht, keine Stände oder Kasten. Aber er führt neue Ungleichheiten ein und verstärkt sie: die Ungleichheit zwischen Starken und Schwachen, Tüchtigen und weniger Tüchtigen, der Kapitalstarken und Habenichtse. Der Wettbewerb unter derart Ungleichen ist weder fair noch gerecht.

Brüderlichkeit/Solidarität ist innerhalb der Marktlogik ein Fremdwort. Rücksicht auf die Opfer im globalen Wettbewerb kennt er nicht. Darum braucht es die globalisierungskritische Bewegung, um diese Defizite der globalen Marktwirtschaft in Erinnerung zu rufen und nach Alternativen zu fragen. Und sie hat Erfolg. Keine politische Bewegung ist in den letzten Jahren so stark gewachsen wie sie, keiner kann ihren Protest heute einfach ignorieren. Die von ihr diagnostizierten Fehlentwicklungen der Globalisierung sind längst Thema bei den Fachleuten in WTO, Weltbank und IWF, bei den „global players“ in Konzernzentralen und nationalen Regierungen. Die Argumente der Globalisierungskritiker werden beachtet, ihre Vorschläge geprüft, Medien ermöglichen die Diskussion auf globaler Ebene.

Immer mehr Menschen wird bewusst, dass in dem Maße wie sich die Probleme von Hunger, Armut und Aids, von Umweltzerstörung und Klimawandel, von Krieg, Völkermord, atomarer Bedrohung und Terrorismus globalisieren, auch die Politik globale Institutionen und Instrumente braucht, um ihnen zu begegnen, eine „global governance“-Struktur. Diese darf allerdings nicht auf dem Recht des Stärkeren beruhen, nicht hegemonial durch einzelne Nationen ausgefüllt werden, sondern muss demokratisch legitimiert und von einer Weltzivilgesellschaft kontrolliert sein. Das WSF ist ein erster Baustein einer solchen „global governance“-Architektur. Man kann ihm nur wünschen, dass es weiter wächst, seine Ziele klärt und seine Wirkungsweise verstärkt.